REVOLTE

Anarchistische Zeitung

NUMMER 14 JAHRGANG II

erscheint monatlich

FEBRUAR 2017, WIEN

Revolte!

Revolte heißt Leben.

Seit Ausbeutung und Herrschaft existieren, gibt es auch diejenigen, die sich dagegen auflehnen. Diejenigen, die wie wir nicht hinnehmen wollen, dass ihnen tagtäglich ihre Würde genommen wird. Diejenigen, denen es nicht reicht das Elend der Lohnarbeit durch Spektakel und Drogen zu betäuben. Diejenigen die nicht um Zugeständnisse der Herrschenden betteln, sondern dem Bestehenden subversive Ideen und Praktiken entgegensetzen. Die Herrschaft und Ausbeutung verändern sich, und auch unsere ihnen feindlichen Ideen müssen sich mit der Realität konfrontieren und sie analysieren. Wir wollen nicht einer Utopie des Himmels auf Erden hinterhertrauern. Wir begreifen die Anarchie nicht als einen Zustand den wir in die Zukunft verschieben, sondern als konstante Spannung gegen jegliche Autorität. Wir schaffen Anarchie durch die Organisierung unserer Revolten gegen die bestehende Ordnung. Wir versuchen die revolutionäre Spannung zu erhöhen um zu einem radikalen Bruch zu gelangen, einem Moment in dem das freie Experimentieren mit anderen Formen des Lebens möglich wird.

Wir leben in Zeiten zunehmender Repression, massivem Ausbau von Überwachungstechnologie, Ausbau des polizeilichen Apparates und Vorantreibung der Militarisierung. Das soziale Klima wird immer angespannter. Seit den Anschlägen von Gotteskriegern in Paris befindet sich Europa in ständiger Alarmbereitschaft. Dabei ist schwer zu sagen was beunruhigender ist: Die Drohung des islamistischen Terrors oder die uniformierten Schergen des Staates, die nun bewaffnet mit Sturmgewehren durch die Straßen streifen um die kapitalistische Misere zu schützen. Immer schon gab es verschiedene Ansprüche auf die Herrschaft, verschiedene Ideologien die sich die Macht streitig machen. Für uns als subversive Anarchisten, die nach der Beseitigung jeder Herrschaft streben ist klar, dass all jene die uns vorschreiben wollen wie wir zu leben haben – ob durch diktatorische oder demokratische Methoden – sich unserer Feindschaft sicher sein können. Mit dieser Zeitung wollen wir anarchistische Ideen verbreiten und gegen die vorherrschende Resignation und soziale Befriedung ankämpfen, die droht die Feuer der Freiheit, die in unseren Herzen brennen, zu ersticken.



Foto des in Graz kurzzeitig besetzten Hauses im Oktober 2016.

Was tun, wenn die Miete steigt?

Ich will nicht lange drumherum reden, Miete ist scheiße: dass wir bezahlen müssen, um einen Raum zum Leben zu haben. Dass andere davon profitieren. Dass wir auf der Straße landen, wenn wir das Geld für die Miete nicht haben. Dass wir an den Stadtrand verdrängt werden und Reichere unsere alte Wohnung übernehmen. Alles scheiße!

Durchschnittlich werden in Wien jeden Tag 7 Menschen aus ihrer Wohnung geworfen (weil sie zu wenig Kohle haben), während im selben Moment tausende Wohnungen und Häuser leerstehen. Gegenden werden gezielt „aufgewertet", um zahlungskräftigere Leute anzusiedeln und das soziale Gefüge im Grätzl zu zerbrechen. Und die ärmeren werden in andere Gebiete und an den Rand gedrängt. So etwas sind zum einen keine Einzelschicksale und auch ist es keine in Stein gemeißelte Sache - wir können sehr viel dagegen unternehmen! Miete (und damit auch Räumungen) gibt es wegen der Profitlogik, die den uns verhassten Kapitalismus prägt. Die Häuser gehören oftmals Leuten oder Immobilienfirmen, die den größtmöglichen Gewinn aus ihren Häusern herauspressen wollen. Und meist besitzen vor allem die Firmen gleich dutzende Häuser in der ganzen Stadt – und andere haben gar nichts.

Wenn die Gerichtsvollzieher, Eigentümer und immer öfter auch die Bullen auftauchen, um Leute aus ihrer Wohnung zu vertreiben und das „Gesetz" zu vollstrecken, dann geht das nicht immer so entspannt über die Bühne, wie sie das gerne hätten. Immer wieder gab und gibt es kleinere und größere Widerstände von den BewohnerInnen. Sei es, dass sie sich in ihrem Haus gemeinsam organisieren, dass Räumungen aktiv blockiert werden oder sie sonstwie aktiv werden und ihr Schicksal nicht einfach so hinnehmen wollen. Immer öfters kommt es auch zu sehr verzweifelten Taten, erst kürzlich hat ein Mieter in Wien beim Termin „seiner" Räumung eine Gasexplosion mittels seinem Herd herbeigeführt. Einige Schlosser, die die Tür aufbrechen sollten, sowie der Gerichtsvollzieher wurden verletzt. Allerdings auch ein Kleinkind in der Wohnung nebenan sowie der Mieter selbst. Da solche Explosionen unberechenbar sind, kann nicht ausgeschlossen werden, dass Unbeteiligte verletzt oder getötet werden. Ich will mich auch gar nicht positiv auf diese Tat beziehen, es zeigt jedoch sehr deutlich, dass immer mehr Leute zu verzweifelten Handlungen bereit sind, um ihren Wohnraum zu verteidigen oder den Behörden ein Schnippchen zu schlagen.

Mir geht es nicht darum, einzelne „besonders schlimme" oder „skrupellose" VermieterInnen einzubremsen oder aufzuhalten, auch wenn diese natürlich eine individuelle Verantwortung tragen. Auch eine Begrenzung der Maximalmiete interessiert mich kaum. Ich will gänzlich ohne Miete leben und nicht nur mit einer geringeren. Mein Problem (was ist mit dir?!) ist der Kapitalismus und die Ausbeutung von Menschen durch andere Menschen. Und wie „hoch" oder „extrem" die Ausbeutung und damit die Herrschaft über Menschen ist, spielt für mich nur eine zweitrangige Rolle. Mein Problem ist, dass Leute Häuser besitzen und andere Leute darin wohnen und dafür bezahlen müssen. Mein Problem ist das Eigentum und all Jene, die es beschützen: von der Gesetzgebung über die Gerichte, von den Bullen bis zu privaten Securities und EigentümerInnen. Sie alle sind ein Problem für mich und damit meine Feinde.

Was können wir tun?

Eine wirkliche Lösung für die Problematik der Mieten kann nur eine soziale Revolution sein. Das heißt, die Zerstörung von Staat und Kapital, die Zerstörung von Herrschaft und Ausbeutung. Da so etwas nicht vom Himmel fällt, müssen wir uns gemeinsam mit Leuten organisieren, die ähnliche Ansätze und Zugänge teilen. Dass dies weder politische Parteien, noch linke oder rechte Sekten sein können, liegt auf der Hand: alle wollen lediglich ein Stück vom Kuchen des Profits und ihre Macht stärken oder erweitern. Wir müssen uns also eigenständig und direkt organisieren, um unsere Belange selber umzusetzen. Einen guten Anfang in diese Richtung machen Gruppen wie beispielsweise „Zwangsräumungen verhindern Wien", die hauptsächlich im 15. Bezirk tätig sind. Einerseits bieten sie eine regelmäßige Rechtsberatung, sowie den Austausch von Informationen und Erfahrungen an, und andererseits werden Leute direkt unterstützt, die sich gegen ihre Räumung wehren wollen. Auch Blockaden und direkter Widerstand gegen Räumungen haben bereits in der Vergangenheit sowohl in Wien als auch international für Aufschub gesorgt, oder konnten die Amtshandlungen verhindern.

Allerdings ist ein rein legaler Zugang zu diesem Thema nicht sehr hilfreich: Nach dem Gesetz sind die Immobilienfirmen usw. selbstverständlich im Recht. Die Aufgabe des Staates ist es eben unter anderem die Eigentumsverhältnisse zu beschützen. Wenn wir uns also lediglich auf rechtliche Schritte einlassen, bewegen wir uns auf dem Terrain desselben Gesetzes, das für diese Scheiße verantwortlich ist. Ich lehne Gesetze grundlegend ab, weil sie meist meinen Interessen entgegengerichtet sind und mich unterdrücken. Außerdem bevorzuge ich es, selbst zu denken... Initiativen wie die oben genannte können jedoch ein Anfang sein, um mit Anderen ins Gespräch zu kommen, sich auszutauschen und auf Augenhöhe zu organsieren. Eine gute Möglichkeit also, um andere Rebellen und Rebellinnen kennenzulernen...

Hausbesetzungen – also die illegale Aneignung von leeren Häusern – scheinen mir in Kombination mit dem oben Genannten allerdings eine der besten Methoden zu sein, um direkt und gemeinsam mit anderen die eigenen Lebensumstände zu verteidigen und den Angriff auf die Logik von Eigentum und Unterdrückung zu wagen. Wie das beispielsweise unsere GefährtInnen in Graz mit mutiger Entschlossenheit im Oktober letzten Jahres taten (siehe Artikel „All Cops Are Targets" in Revolte Nr. 11, November 2016). Auch wenn Besetzungen hierzulande oftmals nach wenigen Tagen von der Polizei geräumt werden, eröffnen sich dadurch doch neue Handlungsspielräume und eine Hausbesetzung handelt sich gewissermaßen um einen temporären Bruch mit dem Alltag, wo Leute zusammenkommen können um sich kennenzulernen und um gemeinsam zu kämpfen.

Vergangenheit und Gegenwart der Opernballdemo in Wien

Lange ist es her seitdem zum letzten Mal eine Demonstration gegen den Wiener Opernball stattgefunden hat. Zum letzten Mal im Jahr 2004, abgesehen von nicht wirklich erwähnenswerten Kundgebungen mit zum Teil weniger als 10 Personen in den Jahren zwischen 2004 und 2017. Für 2017 hat die Kommunistische Jugend Österreich (KJÖ) wieder eine Demonstration angekündigt, um zu parteipolitischen Zwecken eine Leiche zu reanimieren.

Die erste Opernballdemo fand 1987 statt. Zu dieser Zeit gab es im bayerischen Wackersdorf große Demonstrationen gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage für atomare Brennstoffe, auf denen es immer wieder zu Auseinandersetzungen mit den Bullen kam. 1987 besuchte der damalige bayerische Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß den Wiener Opernball. Aus diesem Grund wurde die erste Opernballdemo von der Grünen Alternative organisiert. Am besagten 26. Februar 1987 kam es gegen 22 Uhr zur Eskalation. Es flogen Flaschen, Eier und anderes Gerät auf die Bullen. Teile der Grünen distanzierten sich sofort von der Gewalt. Damit war vorerst Schluss mit der parteipolitischen Einflussnahme.

In den folgenden Jahren wurde die Demo gegen den Opernball ein Fixpunkt für die autonome Bewegung, um die Auseinandersetzung mit Staat und Kapital auf die Straße zu tragen, denn schließlich war der Opernball ein Prestigeobjekt der besitzenden Klasse in Österreich. Hier traf sich alles vom Medienmogul über den Politiker bis zu den wichtigsten Unternehmern des Landes, inklusive hochrangiger ausländischer Besuch aus Adel und Geld.

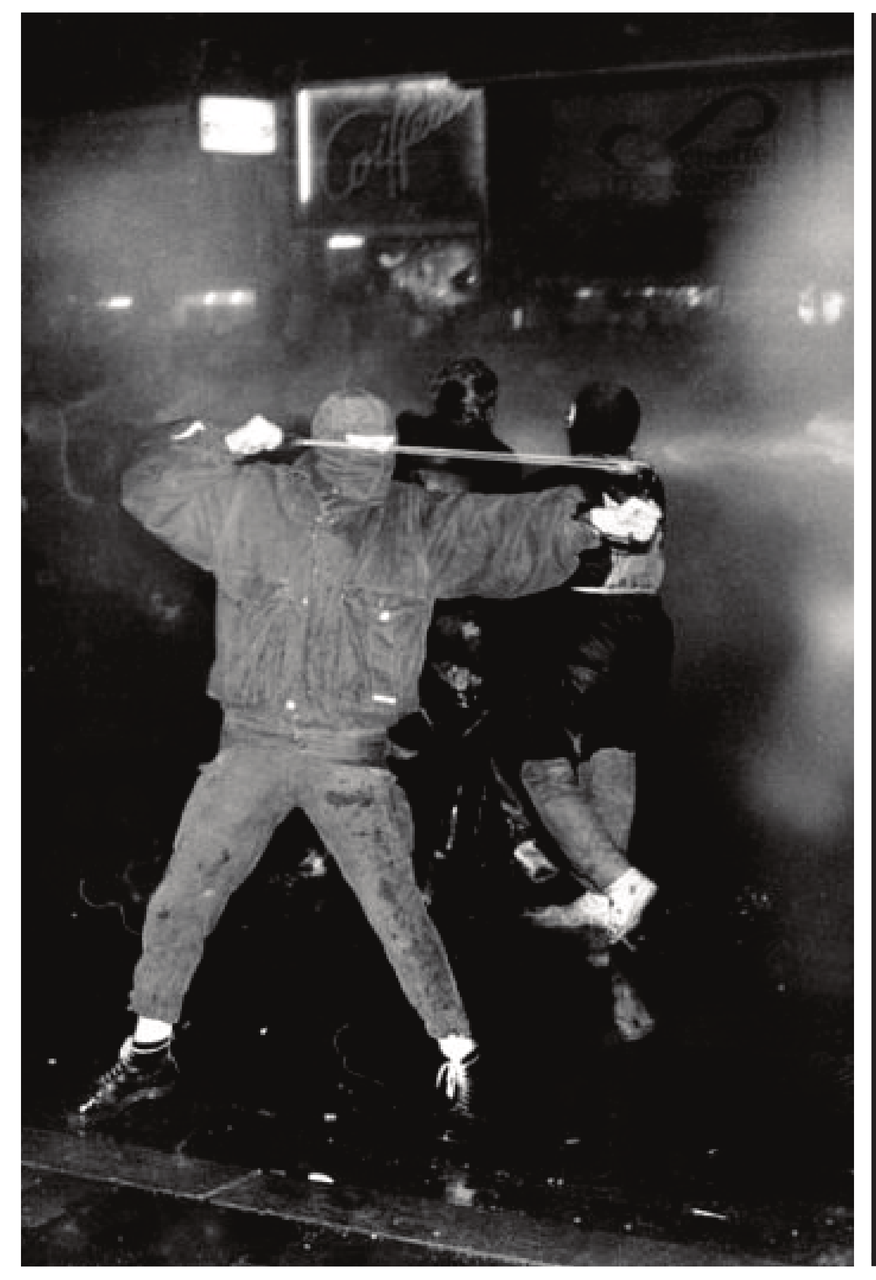
Ab 1987 kam es jährlich zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. 1988 wurde die Demo von den Behörden untersagt. Bereits am Vormittag sperrten einige Leute die Ringstraße mit einer Eisenkette ab, blockierten den Verkehr und machten auf die Demo aufmerksam. Am Abend eskalierte dann die Situation, nachdem ein Bullenauto in die Menschenmenge raste. In den Jahren 1989 und 1990 fanden die Demos unter dem Motto 'Eat the rich' statt und standen im Zeichen der Häuserkämpfe speziell im Zusammenhang mit der Besetzung in der Aegidigasse, die im Sommer 1988 geräumt worden war. Im Zuge der Auseinandersetzungen im Jahr 1989 schoben einige DemonstrantInnen den Mercedes eines Ballgastes gegen die Absperrungen.

(Weiter Seite 2)

(Weiter: Opernball...)

1990 gab es stundenlange Scharmützel mit den Cops rund um die Operngasse, nachdem kurz zuvor einige Faschisten versucht hatten die Demo mit Leuchtmunition, Messern und Schlagstöcken anzugreifen. Auf der Wienzeile wurden währenddessen die Schaufenster einer Billafiliale eingeschlagen und anschließend das Geschäft geplündert. Im Jahr 1991 fand der Opernball gar nicht erst statt – er wurde wegen des Golfkriegs abgesagt. Die Demo gab es trotzdem und richtete sich gegen den Krieg. Sie wurde in ihrer Gesamtheit gekesselt, sonst gab es keine weiteren Zwischenfälle. Während dieser ersten Jahre wurden immer wieder jede Menge Leute auf den Opernballdemos verhaftet und mitunter bis zu einigen Monaten Untersuchungshaft verknackt. In den 1990ern ebbte die Beteiligung an den Demos langsam ab und Konfrontationen mit der Polizei es auch keine größeren mehr.

Im Jahr 2000 kam es zu einer Wiederbelebung der Opernballdemo. Drei Wochen vorher war die blauschwarze Regierung angelobt worden. Rund 15.000 Menschen gingen auf die Straße. Es kam zu kleineren Scharmützeln. 2001 wurden mehrere Banken, Polizeiautos und Geschäfte entglast, Barrikaden gebaut, die teilweise angezündet wurden und Krähenfüße gegen die Cops eingesetzt. In den frühen Morgenstunden nach der Demo überfielen die Bullen das Ernst-Kirchweger-Haus (EKH) in Favoriten, wobei sie unter anderem einen Teil des Inventars der Tatblatt Redaktion zerstörten. In den darauf folgenden Jahren wurden die Demos von antiimperialistischen Gruppen organisiert und richteten sich vor allem gegen den erneuten Krieg im Irak. Die Demos in den Jahren 2002, 2003 und 2004 waren zwar deutlich ruhiger, dennoch kam es zu den üblichen kleineren Auseinandersetzungen, minimale Brandstiftungen und eingeschlagenen Scheiben.



Anhand dieser Chronik sehen wir, dass die Opernballdemo keinen einheitlichen Charakter hatte. Dennoch war sie aber immer auch ein Kristallisationspunkt für den Angriff und eine Möglichkeit, die Konfrontation mit der Staatsgewalt zu erproben. Die Opernballdemo ist in ihrem Ursprung, als autonomes Projekt der Straße, hat zum heutigen Zeitpunkt ihre reale Basis verloren. Dass eine KJÖ versucht, sich die Opernballdemo unter den Nagel zu reißen, scheint in diesem Kontext zwar absurd, aber nicht unbedingt unlogisch. Denn auch in der Vergangenheit wurde die Opernballdemo in unterschiedliche Richtungen instrumentalisiert.

Trotz allem denken wir, dass es bei jeder Gelegenheit gut ist die Konfrontation mit den Bullen zu suchen. Ob das die Opernballdemo 2017 garantieren kann, ist mehr als fraglich. Genau so fraglich, ob es zur Zeit das Potenzial gibt, wieder jene Dynamiken zu entfesseln, die die Opernballdemo in den letzten drei Jahrzehnten punktuell immer wieder angenommen hat. Über Sinn und Unsinn solcher 'Events', die einmal im Jahr stattfinden, lässt sich streiten. Grundsätzlich halten wir es für viel wichtiger an einer Kontinuität zu arbeiten, anstatt alte Leichen auszugraben. Denn die soziale Revolte kann nicht an fixe Events 1-2 mal im Jahr gebunden werden, sondern steht jeden einzelnen Tag auf dem Spiel.

Doch wir wollen hier weder Voraussagen treffen, noch irgendwelche großartigen Vorschläge, denn die Geschichte der Opernballdemo zeigt uns ohnehin, was zu tun ist. Es liegt an uns selbst die Initiative zu ergreifen und den Sprung in die Konfrontation zu wagen. Egal ob am 23. Februar oder an jedem anderen Tag im Jahr!

In diesem Sinne: Auf dass es wieder so schön eskaliert wie früher, ohne Parteien und andere Autoritäten gegen den Wiener Opernball!

Ausbrüche aus dem PAZ Hernals

Am Sonntag den 11. Dezember gelang Schubhäftlingen der Ausbruch aus dem Polizeianhaltezentrum am Hernalser Gürtel. Komplizen durchschlugen das Fenster der Zelle, die sich im Erdgeschoss befindet und reichten den Gefangenen einen Wagenheber ins Innere. Dieser eignete sich offensichtlich wunderbar um die Gitterstäbe vor dem Zellenfenster so auseinanderzubiegen, um dadurch ins Freie schlüpfen zu können. Drei der vier Insassen gelang vorerst die Flucht, einer wurde leider unmittelbar wieder erwischt. Doch die rassistische Staatsmacht ruht nicht und es gelang den Häschern des Staates am folgenden Tag einen weiteren zu verhaften. Doch auch an diesem Tag gelang ein weiterer Ausbruch, aus demselben Gefängnis. Ein Gefangener schaffte es sich unbemerkt einer Gruppe von NGO-Beratern anzuschließen und so das Gefängnis zu verlassen. Die drei Entflohenen befinden sich so weit wir wissen immer noch auf der Flucht und schaffen es hoffentlich auch weiterhin dem langen Arm des Gesetzes zu entziehen. Wieder einmal zeigt sich, dass selbst wenn die Lage noch so aussichtslos scheint, mit Mut, Entschlossenheit, Kreativität und einem Wagenheber viel erreicht werden kann. Ein Hoch auf den Freiheitsdrang und den Gefängnisausbruch.

Gefängnis für Ideen

Ende Jänner wurde der Geschäftsführer der anarchistischen Zeitung „Meydan" in Istanbul zu einer Haftstrafe von einem Jahr und drei Monaten verurteilt. Die Anklage konzentrierte sich auf Texte von früheren Ausgaben der Zeitung und die Verurteilung begründete sich auf „Anstiftung zu terroristischen Methoden wie Verfassungsbeugung, Gewalt oder Nötigung". In der letzten Ausgabe der REVOLTE erklärten wir uns solidarisch mit zwei Leuten in München, denen der Besitz und das Verteilen der anarchistischen Zeitung „Fernweh" vorgeworfen wird. Dass die Repressionsorgane gegen die Ideen der Freiheit und der Anarchie vorgehen ist nichts Neues. Die Geschichte der AnarchistInnen ist mit hunderten solcher Beispiele gespickt – aber aufhalten lassen wir uns dadurch sicher nicht.

Anders ausgedrückt in den Worten von „Meydan": „Der Staat wird nie in der Lage sein, die Leidenschaft zur und Überzeugung der Menschen von der Freiheit gefangen zu nehmen. Als eine anarchistische Zeitung, wissend dass das freie Leben, an das wir glauben, nur durch Kampf erschaffen werden kann, werden wir niemals aufgeben zu schreiben, wofür wir stehen und zu verteilen, was wir schreiben."

„Staatsfeindlichkeit"

Um die Herrschaft zu sichern passt der Staat sein Arsenal an. Je nach Situation und Umstand werden Zuckerbrot oder Peitsche ausgepackt. In der Ära der Sozialdemokratie, in der das Leitmotiv Wohlstand für alle war und damit das Zuckerbrot, sicherten die Herrschenden ihre Privilegien durch Einbindung der Ausgebeuteten, durch Kabel-TV und Mindestsicherung. Diese Ära ist vorbei, auch wenn sie noch nicht gänzlich zu Grabe getragen wurde. Und die Reichen und Regierenden wissen, dass es der Ausschluss und die Peitsche sind, die in den kommenden Jahren ihre Herrschaft sichern.

Deshalb der massive Ausbau an Überwachungsmaßnahmen, den wir hier, in unserer Zeitschrift, seit gut einem Jahr dokumentieren und analysieren. Jedoch werden nicht nur Paragraphen verschärft, sondern, es werden auch Paragraphen wiederbelebt. Ein solcher Paragraph ist der §246, die sogenannte „Teilnahme in einer Staatsfeindlichen Verbindung".

Sobotka und sein treuer Weggefährte Doskozil wollen diesem Paragraphen wieder Leben einhauchen, unter dem Vorwand der Freemen[1], der OPPT[2] und unter Verweis auf die Gefährlichkeit der Reichsbürger[3], im Territorium des deutschen Staates. Dieser Vorwand ist wie jeder Vorwand der Regierung ein fadenscheiniger und jedem Menschen, der ein bisschen denkt, sollte klar sein, dass die Wiedereinführung dieses Paragraphen, letztlich auf alle abzielt. Genauso wie unter dem Vorwand „Flüchtlinge" die Kürzung der Mindestsicherung und die de facto Einführung von Zwangsarbeit diskutiert wird und unter dem Vorwand „Islamisten", über die Einführung von Fußfesseln für Individuen, von denen „abstrakte Gefahr" ausgeht.

Das letzte Mal, von dem wir wissen, dass der Paragraph 246 eingesetzt wurde, war 1995. Damals kam er hier in Wien gegen die Anarchisten vom Revolutionsbräuhof zur Anwendung. Auslöser waren zwei Plakate, die von einem FPÖler zur Anzeige gebracht wurden. Aus der Anzeige entwickelte sich eine Untersuchung, die sich über mehr als zwei Jahre zog und in deren Verlauf es zu unzähligen Vorladungen und 23 Hausdurchsuchungen kam. Das Verfahren wurde letztendlich eingestellt, der Zweck der Untersuchung, eine enorme Schnüffelei des Staates gegen ihm unliebsam gesinnte Elemente, war aber sicherlich erfüllt.

Wir wollen hier jedoch nicht von Ungerechtigkeit jammern. Wir Anarchisten sind keine Unschuldslämmer, wir sind erklärte Feinde des Staates, jedes Staates, und so ist es nur logisch, dass der Staat uns der staatsfeindlichen Vereinigung bezichtigt. Was wir wollen, ist eine notwendige Klärung unternehmen, die aufzeigen soll, dass Reichsbürger und Konsorten alles andere als staatsfeindliche Gemüter sind, dass sie lediglich einen anderen Staat wollen. Sowie eine Klärung, was wir unter „Staatsfeindlichkeit" verstehen und wieso sie für uns ein Wert ist, den es zu verteidigen und zu verbreiten gilt.

Dafür müssen wir zuerst klären, was wir unter „Staat" bzw. „Staatlichkeit" fassen:
Der Staat ist zweierlei, (1) ein soziales Verhältnis und (2) konkrete Manifestationen dieses Verhältnisses in Form von Infrastruktur und Personen.
Der Staat dient (1) zur Sicherung der Eigentumsordnung und der Privilegien der Herrschenden, (2) zur Verwaltung der Untertanen/Bürger und (3) zur Regulierung des Kapitals.

Die Welt wie wir sie heute kennen, wird durch Staatlichkeit hervorgebracht. Staaten sind die Garanten der Eigentumsordnung, dafür dass Wenige viel haben und Viele wenig. Und auch dafür, dass Wenige Viele regieren und beherrschen, ob der Staat demokratisch oder diktatorisch, von Konservativen, Linken oder von Rechten verwaltet wird, ist dabei nebensächlich – jeder Staat hat seine Herrschaftsclique samt Günstlingen und Rechtfertigungsmythos. Die Beziehungen, die der Staat verbreitet, basieren auf dem Autoritätsprinzip und bringen verkümmerte, unterwürfige Konformisten hervor – auch wenn der Staat dazu gelernt hat und weiß, dass eine gewisse Toleranz und liberale Freiheiten als Ventil dienen können, um Revolten vorzubeugen.
Und ja, der Staat ist re-formierbar, er kann seine Ausrichtung ändern, seine Würdenträger können sich neue Kleider überstülpen und einen neuen Sprech annehmen, was an seinem Kern und seiner Funktion – die Herrschaft einer kleinen Elite zu garantieren – nichts ändert, die letzten hundert Jahre haben das eindrucksvoll bewiesen.

Aus diesen Gründe kommen wir Anarchisten zum Schluss, dass der Staat als das wichtigste Fundament der Herrschaft und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zerstört werden muss, damit Freiheit und Selbstbestimmung erblühen kann. Die beiden letzteren, so wollen die Staatsgläubigen uns weismachen, können nur vom Staat garantiert werden und das sei immer schon so gewesen.
Dabei übersehen sie, dass der Nationalstaat, wie wir ihn heute kennen, knapp 150 Jahre Bestand hat und dass in Zukunft Staatlichkeit anders daher kommen könnte, als wir bisher gewohnt sind. So ist durchaus vorstellbar, dass weitere Staatsprojekte scheitern und Staatlichkeit dann einerseits von Firmen und Konzernen übernommen wird, andererseits von Gangs oder Klans. Deshalb ist es unserer Ansicht nach nicht nur ein Versuch die Anarchie zu diskreditieren, sondern schlichtweg falsch, wenn in Zusammenhang mit Territorien in Afrika, in denen einzelne Nationalstaaten nicht so funktionieren, wie der Westen sich das vorstellt, davon zu sprechen, dass dort die Anarchie herrschen würde. Was die Liberalen so gerne als „failed-state" bezeichnen, ist in der Regel kein herrschaftsfreier oder rechtsfreier Raum, genau sowenig wie er frei von Staatlichkeit ist – die Staatlichkeit wird einfach von anderen Akteuren getragen.

Wir Anarchisten streben ein freies, würdevolles Leben an, eine Welt in der es keine Herrscher und keine Beherrschten gibt, eine Welt, die nicht auf Herrschaft und Ausbeutung basiert, sondern auf Freiheit, Solidarität, freier Vereinbarung und Selbstorganisation. Aus dieser Leidenschaft für die Freiheit entspringt unsere Staatsfeindlichkeit, da wir wissen, dass es der Staat ist, der uns die Freiheit raubt und uns einsperrt, wenn wir uns nicht dem Diktat des Kapitals fügen, uns zu verkaufen, um zu überleben.
Staatsfeindlichkeit heißt in der Praxis die Zurückweisung der Beziehungen, die uns vom Staat auferlegt werden und der Institutionen, durch die sich der Staat zusammensetzt. Also, keine Teilnahme am staatlichen Apparat und keine Kooperation mit staatlichen Organen, genauso wie die Weigerung, Staatlichkeit zu reproduzieren.

Im Gegensatz dazu versuchen die Reichsbürger und Konsorten ihre eigene Polizei und Gerichtsbarkeit aufzubauen, sie wollen lediglich einen anderen Staat, sie sind keine Staatsfeinde und haben mit dem Anarchismus rein gar nichts zu tun.

[1] Freemen: Sie wollen einen eigenen Staat „Erlösterreich" aufbauen, ausgehend von dem Schloss ihres Obergurus. Der österreichische Staat ist für sie eine „juristische Fiktion".
[2] OPPT: Unter der Bezeichung One People's Public Trust (OPPT) versammeln sich auch Leute, die glauben, dass Staaten Firmen sind, von denen sie sich lossagen können. Genauso wie die Reichsbürger fallen sie durch absurde Klagen auf, greifen also auf den Justizapparat des jeweiligen Staats zurück, den sie angeblich ablehnen.
[3] Reichsbürger: Sind eine faschistische Bewegung, die Gehöfte aufkaufen, um von diesen (Siedler-)Kolonien ausgehend ihren faschistischen Idealstaat/Königreich aufzubauen. Sie behaupten, dass die BRD kein Staat sein, sondern nur eine BRDGmbH, aus der man einfach austreten kann.